

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 – Entlastung der Lehrerkollegien -

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Angelika Birk:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 088.02 / 21.03.2002**

## **Die Opposition will wieder den Pauker alter Schule**

Die FDP- und CDU-Anträge hängen am Pauker alter Schule, die ihren Stoff präsentieren - Kinder heutzutage brauchen Fachleute, die Lernprozesse gestalten und Schule organisieren.

Auf der jüngsten Anhörung von internationalen Fachleuten, die die PISA-Untersuchung erstellt haben, in dieser Woche im Bundestag, wurde Folgendes hervorgehoben:

1. LehrerInnen werden in Deutschland häufig immer noch für ein falsches Berufsbild ausgebildet und müssen sich deshalb durch eine neue Aus- und Fortbildung zeitgemäß professionalisieren. LehrerInnen sollen nicht verhinderte WissenschaftlerInnen ihres Unterrichtsfaches sein, sondern Fachleute für kindliche Lernprozesse und die Gestaltung des Organismus Schule.
2. Schule muss auch in der Bundesrepublik Deutschland autonom ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln lernen - unter Beteiligung von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen.
3. Gegenstand der Pädagogik an der Schule ist nicht der Lehrstoff in 45 Minutenhappen, sondern die professionelle Gestaltung einer Lernbeziehung zwischen Kindern, Eltern und LehrerInnen, sowie die Forderung, Förderung und Beurteilung von Schülerleistung, schließlich die Organisation von Schule selbst als lernende Organisation und ihre Einfügung in die Gemeinwesenarbeit.

In unseren Gesprächen mit Lehrerverbänden stellte ich fest, dass sie überwiegend dieses eingeforderte moderne Selbstverständnis der Schulpädagogik teilen. Das hat die FDP aber offensichtlich nicht verstanden, denn ihr Antrag will genau das Gegenteil und deshalb lehnen wir ihn ab.

Der FDP-Antrag zählt bürokratisch Einzelaufgaben auf, die Bestandteil der Selbstorganisation der Schule und der Selbstverständigung der Fachleute für das Lernen sind.

Einige Formulierungen des Antrags und der Rede des bildungspolitischen Sprechers der FDP übernehmen fast wörtlich Zitate aus der Rede des Vorsitzenden des Landesphilologenverbandes vor einigen Wochen. Die Rede der FDP bedient ein Selbstbild des Lehrers, der seine Aufgabe allein darin sehen soll, als einsamer Held die 45 Minuten Fachunterrichtsstunden zu absolvieren.

Alles andere erscheint aus einem solchen Blickwinkel als lästiger Bürokratismus - sogar die Personalentwicklung. Dabei haben gerade hierzu mehrere Lehrer- und Schulleitungsverbände vom Ministerium professionelle Seminarangebote zur Vorbereitung auf Leitungsverantwortung und die Handhabung moderner Instrumente der Personalentwicklung eingefordert.

Die CDU will gar das Konnexitätsprinzip bemühen und damit vom Land Geld loslösen, für die die Kommunen als Schulträger immer schon zuständig waren. Auch das lehnen wir ab, denn das Konnexitätsprinzip ist eindeutig geregelt und hierfür braucht es keine Präzisierung, sondern nur die Anwendung im gegebenen Fall.

Die zunehmende Autonomie der Schule ist allerdings ein Prozess, bei dem zwei Seiten lernen müssen: Die Schulbehörde muss loslassen lernen, die Schulen haben sich selbst Schritt für Schritt als lernende Organisation zu verstehen und sich ein eigenes Profil zu geben.

Unser Antrag zielt darauf, diesen Emanzipationsprozess der Schulen zu unterstützen und deshalb fragen wir, wie weit es damit steht und welche die nächsten Schritte sind, Selbstorganisation innerhalb der Schule zu optimieren und welche Hilfestellung das Bildungsministerium hierzu geben kann.

Allerdings ist dies nicht nur eine Frage der Landesbehörde, sondern auch der kommunalen Schulträger. Wer zum Beispiel nach wie vor sogar bei großen Schulen nur Schulsekretärinnen mit BAT VIII, also völlig unterbezahlt, zuweist, wie dies häufig der Fall ist, fördert nicht die verwaltungsmäßige Entlastung der Schulleitung. Es ist eher ein Wunder, dass trotz dieser Bezahlung und Stellenbeschreibung, die der komplexen Aufgabe kaum entsprechen, kompetente und engagierte Frauen diesen Platz einnehmen, die oft auch gern mehr Verantwortung übernehmen, als sie es laut Stellenbeschreibung sollen. Es ist an der Zeit, diese Frauen als Schulassistentinnen einzustellen, anzuerkennen, fortzubilden und zu bezahlen.

Ebenso müssen Kommunen, die Kommunikation mit den Schulen so effizient organisieren, dass hier keine Reibungsverluste entstehen, sei es bei Baumaßnahmen oder der IT-Ausstattung. Deswegen muss es auch hierzu klare Vereinbarungen zwischen Land und Kommunen geben. Wir erwarten, dass wir bald einen anschaulichen Bericht der Landesregierung erhalten.

\*\*\*